

RESOLUTION zur Versorgung mit Arzneimitteln

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg fordert die Politik und das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) auf, eine ausreichende Arzneimittelversorgung zu gewährleisten.

In den letzten Monaten ist es zunehmend zu Lieferengpässen gekommen, die nach Meldung der ärztlichen Kolleg*innen in Art und Umfang zunehmen. Derzeit sind etwa 300 Arzneimittel (ohne Impfstoffe) schwer oder gar nicht lieferbar (Quelle: Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte <http://lieferengpass.bfarm.de/ords/f?p=30274:2:609130577714::NO>).

Umstellung auf vorhandene Medikamente, keine ausreichende Vergleichbarkeit der Medikation sowie neue Nebenwirkungsprofile führen zu massiven Beeinträchtigungen für unsere Patient*innen. Zudem wird in erheblichem Ausmaß ärztliche Arbeitszeit gebunden, die anderweitig in der Versorgung besser eingesetzt wäre.

Am Beispiel des Langzeitantidepressivums Venlafaxin, das bundesweit nicht mal als Original und der Zuzahlung von 75 € erhältlich ist, wird deutlich, dass es sich hier um ein schwerwiegendes Problem handelt, das ernsthaft einer politischen Lösung bedarf. Oftmals jahrelange Vorarbeit, die Patient*innen von der Einnahme eines Antidepressivums überzeugt hat, wird durch Lieferschwierigkeiten zunichtegemacht. Die Umstellung samt den notwendigen Kontrollen und ärztlichen Gesprächen verunsichern die Betroffenen, zu erwartende Unverträglichkeiten binden weitere ärztliche Tätigkeit und führen wiederum zu einer verminderten Compliance. Die erneute Lieferbarkeit von Venlafaxin wird von den Herstellern für Januar bis November 2020 angegeben – das kann und darf nicht sein.

Unabhängig aller bisher veröffentlichter Ursachen fordert die Vertreterversammlung dazu auf, die Arzneimittelversorgung schnellstmöglich und ausreichend zu gewährleisten.

Erste Ansätze wie ein Jour fix oder die freiwillige Meldung von Lieferproblemen sind zu befürworten, aber in keinster Weise ausreichend.

Die Versorgung mit Arzneimitteln sollte zur grundlegenden Daseinsfürsorge durch den Staat begriffen werden – eine Mangelversorgung ist nicht hinnehmbar und wird von der Vertreterversammlung aufs Schärfste kritisiert.

Dem Vorschlag der Kassenärztlichen Bundesvereinigung einer nationalen Arzneimittelreserve schließt sich die Vertreterversammlung der KV Hamburg an.